

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16. Am Kölnischen Park 2.

Inserate: Die 6 gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum nach Goldmark 50 Pf., Arbeitervermittlungen 30 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

Hungerlöhne und Arbeitszeitverlängerung.

Am 27. März fand in Berlin eine große Speerschau der Unternehmer statt. Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hielten gemeinsam eine „Industrietagung“ ab. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung spricht von einer „Tagung der schaffenden Arbeit“; sie läme der Wahrheit näher, wenn sie von einer Tagung gegen die schaffende Arbeit sprechen würde. Über die Veranstaltung haben die Zeitungen vorher und nachher umfangreiche Berichte veröffentlicht; zweifellos verdient auch gerade diese Unternehmertagung die volle Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, vor allem der Arbeiterschaft. Als Versammlungsraum war die „Oper am Königsplatz“ gewählt, und es ging auf der Tagung auch so ähnlich zu, wie es in einer Oper zuzugehen pflegt. „Oper ist eine Gattung von Schauspiel, welches die Ohren am besten befriedigt“, besagt ein Glossé des Christian August Vulpius. Wie schauspielartig die Veranstaltung aufgezogen war, zeigt ein Stimmungsbild der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, in dem es heißt: „Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vorstand der Deutschen Arbeitgeberverbände waren vollständig versammelt und in eindrucksvoller Form auf der Bühne des Theaters gruppiert.“ Um sie herum waren plazierte Reichskanzler Dr. Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsfinanzminister Dr. Luther, Reichsinnenminister Dr. Jarres, Reichsernährungsminister Graf Ranig, Reichsverkehrsminister Dr. Deser, also fast die ganze Reichsregierung. Im Theaterraum 3000 stimmungsgeweihte und beifallsfreudige Unternehmer, und sie haben auch freudig Beifall geflößt. Sie hatten auch allen Anlaß dazu. Ihnen wird in einer Oper selten ein sie so befriedigendes Schauspiel geboten, wie diese „Industrietagung“ eine war. Alle Reden, gleichviel, ob sie von ihren Organisationsausgewählten oder von Regierungsvertretern gehalten wurden, waren schöner heller Klang für ihre Ohren. Ein Klang, der zur klingenden Münze werden soll. Was ist für sie die Hauptsache. Was der „Holzmarkt“ dieser Tage in einer anderen Angelegenheit den Unternehmern ins Stammbuch schreibt, trifft auch hier zu: „Was hier geschah, das ist geschehen zum höheren Ruhme des Geldbeutel.“ Damit die Arbeiterschaft das nicht so leicht merkt, redet man von Volksgemeinschaft und Vaterland.

Von den vielen Reden, die gehalten wurden, würde uns am nächsten gehen die des Herrn Dr. von Borjig über „Industrie und Sozialpolitik“, wenn sie etwas Neues brächte. Was er über die Stellungnahme der Unternehmer zu Tarifvertrag, Koalitionsrecht, Lohnpolitik und Arbeitszeit zu sagen wußte, ist mehr als hinlänglich bekannt. Das Leitmotiv ist: der Arbeiter muß Opfer bringen. Daß die Arbeitszeit verlängert werden muß, darüber kann nach seiner und seiner Genossen Meinung kein Zweifel bestehen. Einen schematischen Zehnstunden Tag lehnt Herr von Borjig ebenso ab, wie er den schematischen Achtstundentag ablehnt. Am gleichen Tage, wo Herr von Borjig seine Rede hielt, bringt die Stinnesche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ einen Aufsatz des Generaldirektors der Daimler-Motoren-Gesellschaft, Kommerzienrat Berge, in dem kategorisch gefordert wird: „Der zehnstündige Arbeitstag muß obligatorisch werden.“ Wenn die „Industrietagung“ diese Forderung nicht gleichfalls offen erhoben hat, so wohl mehr aus taktischen als aus grundsätzlichen Erwägungen.

Obwohl die Unternehmer zugeben müssen, daß die Arbeitslöhne den Lebenshaltungskosten nicht entsprechen, lehnen sie jede Lohnerhöhung ab. Angeblich um die Währung nicht aufs neue zu gefährden. Herr von Borjig ermahnt die Unternehmer, eine weitere Stärkung der Kaufkraft des Lohnes durch weiteren Preisabbau zu erstreben. Das ist zweifellos ein Vorschlag, der sich hören läßt, aber von den Unternehmern nicht befolgt wird. Anstatt des Abbaus der Warenpreise erleben wir ihre Erhöhung. Die der Preisabbau erreicht werden soll, ist auf der „Industrietagung“ nicht gesagt worden. Das hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am Tage nach der „Industrietagung“ in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder gesagt. Das Rundschreiben, das vom 28. März 1924 datiert ist und die Lohnpolitik und die Ergebnisse der Tarifauschüsse vom 25. März 1924 behandelt, gibt die Gedanken und Absichten wieder, von denen die Teilnehmer der „Industrietagung“ beherrschert waren, die man aus verständlichen Gründen aber nicht öffentlich ausgesprochen hat. In dem Rundschreiben heißt es:

Reichskanzler Dr. Marx hat in seiner Ansprache bei der Industrietaugung ausgeführt, das Hauptproblem der gegenwärtigen Wirtschaftslage sei wohl nur eine Stille sein — sei der Wirtschaftslage. Die Währung bildet den Ausgangspunkt des Wirtschaftsaufbaues, mit ihr steht und fällt unsere Zukunft.

Auf diesen Grundsatz ist auch die derzeitige Lohnpolitik einzustellen. Regierung und Wirtschaft haben danach die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Währung verbundenen Gefahren mit allem Nachdruck zu stemmen. Wir müssen von dem Reichsarbeitsministerium, den Schlichtern und der Arbeiterschaft verlangen, daß sie diesen Gefahren auch ihrerseits Rechnung tragen, da der erneute Zusammenbruch der Währung auch die deutsche Arbeiterschaft vernichten würde.

Es muß erneut betont werden, daß die Notlage der Arbeitnehmer kurzzeit nicht eine Folge zu niedrigeren Lohn- und Gehaltsniveaus, sondern eine Folge der Arbeitslosigkeit ist. Deshalb gilt es vor allem, durch Steigerung und Verbilligung der Produktion (Arbeitszeitverlängerung) den Umsatz zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet ohnehin eine Steigerung des Reallohnes.

Der Tarifauschuss verweist hierbei in besonderen auch auf die Ausführungen des Reichsarbeitsministers im Reichstag, daß Löhne und Gehälter sich in erster Linie nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Industrien und Gewerbegebiete richten müssen. Damit hat auch der Reichsarbeitsminister sich gegen Lohnforderungen ausgesprochen, die ihre Ursache lediglich im Vergleich von an sich unvergleichbaren Löhnen haben. ... Besonders muß vorgebeugt werden, daß die Lohnpolitik der Schlichter auf dem Wege sogenannten „Ausgleichs von Unebenheiten“ unauffällig zu einer allgemeinen Erhöhung des Lohnniveaus führt. Durch eine solche Ausgleichspolitik wurde im März vorigen Jahres befanntlich die Stabilisierungssaktion aus Anlaß des Ruhrkampfes außerordentlich gefährdet.

Der Tarifauschuss wird sich deshalb beim Reichsarbeitsministerium nachdrücklich gegen eine zentrale Behandlung der Lohnfrage wenden und bei den sich aus einer neuen inflationstisch wirkenden Lohnbewegung für die Währung und die Allgemeinheit ergebenden Gefahren in diesem Sinne auch beim gesamten Reichskabinett vorstellig werden. ... Die für die Beamten und Angestellten des Reiches erfolgte Neuregelung der Gehälter darf nicht zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Lohnregelung werden.

Nach den Ausführungen, die der Reichskanzler Dr. Marx auf der „Industrietagung“ gemacht hat, können sich die Unternehmer mit Recht auf ihn berufen, wenn sie eine Arbeitszeitverlängerung und die Stabilisierung der Hungerlöhne fordern. Seine Ausführungen, wie überhaupt die Haltung aller Regierungsmitglieder, berechtigen die Unternehmer auch zu der Hoffnung, daß sowohl das Reichsarbeitsministerium als auch die Schlichter ihrer Lohnpolitik volles Verständnis entgegenbringen.

Im volkswirtschaftlichen Teil der Stinneschen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 30. März 1924 wird von der Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Hamm auf der „Industrietagung“ gesagt, sie habe „einen Tiefstand des Niveaus erreicht, den zu unterschreiten nicht möglich ist“. Was hier von der Rede Dr. Hamm's gesagt wird, trifft mehr oder weniger auf alle Unternehmervoraussetzungen zu, die sich mit dem Verhältnis zwischen Lohn und Arbeitszeit einerseits, Warenpreis und Wirtschaftslage andererseits beschäftigen. Die Unternehmer lehnen eine Lohnerhöhung ab, weil sie die sich anbahnende Konjunktur angeblich wieder vernichte. Das Gegenteil ist richtig: Lohnerhöhung bedeutet Belebung der Konjunktur. Sehr treffend zeigen das die Ausführungen Professor Dr. Kurt Wiedenfelds (Leipzig) in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 1. April 1924:

Der Inlandabsatz bleibt aber niedrig, solange für weiteste Schichten unseres Volkes das Einkommen sich unmittelbar am Existenzminimum hält und dieses sogar gerade bei solchen Schichten unterschreitet, die für den Absatz qualitativ gehobener Waren bedeutsam sind. So paradox es klingt, es ist doch richtig: Dank der Betonung der Maschinenausnutzung ist eine Verbilligung der Produktion nur durch eine Erhöhung des allgemeinen Lohnstandes für gelehrte Arbeit zu erreichen. Im Kreislauf der Wirtschaft, in dem die Löhne immer wieder Kaufkraft bedeuten, kommt ihre Erhöhung zu erheblichem Teil dem zahlenden Unternehmer wieder zugute, wenn schon mit dem Zeitablauf zwischen Lohnzahlung und Einkauf gewisse Gefahren heutzutage sicherlich verbunden sind.

So urteilen Männer, denen der Wiederaufbau der Wirtschaft höher steht als die Unterdrückung der Arbeiterschaft. Unsere Wirtschaft kann nicht gesund werden durch Stabilisierung der Hungerlöhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Im Gegenteil, je kräftiger wirtschaftlich und gesunder die Arbeiterschaft ist, um so besser wird die Wirtschaft sich aufwärts entwickeln. Weil so die Dinge liegen, werden die Gewerkschaften die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Unternehmerverbände nach wie vor mit aller Kraft bekämpfen.

Revolutionäre Betriebsräte.

— Wohl niemals ist mit Schlagwörtern sozialer Unfug getrieben worden wie heutzutage. Das schöne Wort Freiheit wird von den Reaktionen zu ihren dunklen Plänen mißbraucht, indem sie sich demagogische Freiheitsparolen nennen, und auch mit den Worten Revolution und revolutionär wird förmlich Schindluder gespielt. Es gibt Leute, die diese Ausdrücke mit Vorliebe im Munde führen, weil sie ihnen neu sind, und weil sie meinen, daß sie sich durch den häufigen Gebrauch dieser Worte in den Ruf von proletarischen Kampfkämpfern bringen. Dabei

haben sie gar keine Ahnung davon, was die Worte Revolution und revolutionär eigentlich bedeuten. Wie weit die Begriffsverwirrung in dieser Hinsicht bereits gediehen ist, soll an einem Beispiele gezeigt werden.

Im Hinblick auf die anstehenden Betriebsrätewahlen hat das Direktorium der Kommunistischen Partei ein Rundschreiben erlassen, in dem aufgefodert wird, nur „revolutionäre“ Arbeiter zu Betriebsräten zu wählen, die gewillt seien, die Betriebsräte wieder zu „revolutionären Klassenorganen des Proletariats“ zu machen und die „reformistischen Gewerkschaften“ zu bekämpfen. Es komme nicht darauf an, sogenannte gute, tüchtige Gewerkschafter zu wählen, die revolutionäre Gesinnung müsse den Ausschlag geben.

Wenn man dies liest, so mag es leidlich klingen, wenn man aber den Kern aus diesen Redensarten herauschält, so merkt man sofort, daß nichts dahinter steht, daß es sich hier um schillernde Seifenblasen handelt, die beim ersten Luftzug zerplagen. Wie jeder auch nur halbwegs vernünftige Proletarier weiß, haben die Betriebsräte zwei Aufgaben zu erfüllen: einerseits sollen sie die Interessen der Kollegen und Kolleginnen innerhalb des Betriebes vertreten, andererseits sollen sie auch an der Ausgestaltung des Betriebes mitwirken, damit er leistungsfähig wird oder bleibt. Die letztere Forderung ist in volkswirtschaftlicher Beziehung von großer Bedeutung, weil es darauf ankommt, die einzelnen Betriebe und unser gesamtes Wirtschaftsleben, das durch den verlorenen Krieg und seine Nachwirkungen schwer gelitten hat, wieder in die Höhe zu bringen. Wenn also die Betriebsräte verpflichtet werden, ihre Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten in den Dienst ihres Betriebes und damit unserer Wirtschaft zu stellen, so nützen sie durch diese ihre Tätigkeit dem ganzen deutschen Volke und auch dem deutschen Proletariat. Die erste Aufgabe ist deswegen bedeutungsvoll, weil das Unternehmertum keine Rücksicht nimmt auf die Arbeitskraft, die Gesundheit und das Wohlbefinden seiner Arbeitnehmer. Der Betriebsrat soll dafür sorgen, daß es im Betriebe ordentlich hergeht, daß die Arbeitnehmer zu ihrem Rechte kommen, daß sie gegen den kapitalistischen Raubbau geschützt werden, daß sie sich in dem Betriebe wohlfühlen können.

Ein Betriebsrat, der diese beiden Aufgaben erfüllen soll, muß aus tüchtigen, gewissenhaften, pflichtgetreuen Leuten bestehen, die im Betriebe Beschäftigte sind, die geistig und sittlich hochstehen, die Charakterstärke genug besitzen, um nach oben und nach unten hin Rückgrat zu beweisen, die in selbstloser Weise, ohne nach Vorteilen zu streben oder sich vor Nachteilen zu fürchten, einfach ihre Schuldigkeit tun. Leute, die den ganzen Tag revolutionäre Redensarten im Munde führen, aber nichts Positives schaffen, sind dazu nicht zu gebrauchen. Die Betriebsleitung läßt über solche Wortrevolutionäre und legt sie bei erster besser Gelegenheit an die Luft, und auch die eigenen Kollegen und Kolleginnen merken bald, daß mit diesen Maulhelden nichts los ist. Dagegen wird sich ein tüchtiger Betriebsrat, der sachlich vorgeht, im Laufe der Zeit Anerkennung und Achtung erdingen, er wird zu einer Macht werden, mit der die Betriebsleitung rechnen muß, und dem die Kollegen das Vertrauen entgegenbringen. Wie uns die Erfahrung und auch die Geschichte lehren, beruht der Einfluß eines Menschen oder einer Klasse nicht auf dem großen Maul, sondern auf der Tüchtigkeit, und die Macht beruht nicht auf der Gewalt, sondern auf ganz anderen Faktoren. Ein Betriebsrat, der aus tüchtigen Leuten besteht, der die gesamte Belegschaft geschlossen hinter sich hat und sich auf seine Gewerkschaft stützen kann, bildet eine ganz andere Macht als ein Betriebsrat, dessen Mitglieder sich revolutionär gebärden, indem sie im Betriebe herumlaufen, zu Putzchen aufreizen, die Betriebsleitung mit Revolven und Handgranaten hinausjagen und dann die rote Fahne auf dem Schornstein aufpflanzen. Was solche „Revolutionen“ bewirkt haben, weiß jeder Schuljunge, nur verbohrt Fanatiker haben keine Ahnung davon, weshalb sie unentwegt ihre „revolutionäre Taktik“ fortsetzen. Befanntlich wird eine Revolution ganz anderswo gemacht — wenn sie überhaupt gemacht werden kann — als in den einzelnen Betrieben, das sollte eigentlich auch ein kommunistischer Artikelreiber wissen. Leider wird die Demagogie dieser Leute noch von ihrer Unwissenheit übertroffen.

Unter Revolution versteht man die Ersetzung eines alten, überlebten Prinzips durch ein neues, reifgewordenes Prinzip. In politischer Beziehung bedeutet das die Beseitigung der Herrschaft eines einzelnen, einer Gruppe oder einer Klasse und seiner Ersetzung durch das Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsrecht der Gesamtheit, also Demokratie an Stelle des Absolutismus und der Diktatur, in wirtschaftlicher Beziehung die Beseitigung der Ausbeutung und der Planlosigkeit und ihre Ersetzung durch eine planvolle Gütererzeugung und eine gerechte Güterverteilung, eine Umwandlung der kapitalistischen Erwerbswirtschaft in eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft; die Schaffung eines menschenwürdigen Daseins für jeden, der seine Pflicht tut. In sozialer Beziehung handelt es sich darum, daß an

die Stelle der heutigen Misachtung und Entrechtung der Unterschichten die Gleichwertung und Gleichberechtigung tritt, und in geistig-kultureller Beziehung kommt es darauf an, daß die Unterschichten aus ihrer aufgezogenen Rückständigkeit befreit und an die Kulturleiter, an die Quellen des Wissens und der Bildung herangebracht werden. Das revolutionäre Prinzip muß zunächst alle Hindernisse hinwegräumen, die seiner Durchführung hindernd im Wege stehen, wozu unter Umständen Gewaltanwendung unentbehrlich ist, dann aber muß es unser wirtschaftliches, rechtliches, politisches, soziales, sittliches und kulturelles Leben von innen heraus umgestalten, was nur unter Auswendung von Sachkunde, Fachkenntnis, Pflichtgefühl, Rechtsbewußtsein, Verantwortlichkeit und Tatkraft geschehen kann. Jede Revolution, die ja ihrem Wesen nach negativ ist und zerstörend wirkt, muß in eine Evolution ausmünden, die positiv aufbauend und umgestaltend wirkt. Daß zu einer Evolution ganz andere Leute erforderlich sind als zu einer Revolution, hat uns die Nachkriegszeit mit bitterer Deutlichkeit gezeigt.

Wenn man das Wesen der Revolution kennt und ihre Wirkungsmöglichkeit zu beurteilen versteht, so fragt man sich denn doch, was die von den Kommunisten geforderten „revolutionären Betriebsräte“ eigentlich tun sollen. Glaubt denn irgendein vernünftiger Mensch, daß sie die geeigneten Persönlichkeiten seien, um die Revolution zu machen und weiterzuführen? Mögen sie auch den besten Willen haben, aber ihre sonstigen Qualitäten reichen dazu nicht aus, denn dazu gehört etwas mehr als ein Vorrat von revolutionären Redensarten und kommunistischen Schlagwörtern. Da werden denn doch die Proletarier besser und vernünftiger handeln, wenn sie anstatt der so warm empfohlenen „revolutionären Arbeiter“ die so verächtlich behandelten „tüchtigen Gewerkschafter“ zu Betriebsräten wählen. Dadurch leisten sie sich selbst und dem Proletariat einen größeren Dienst, als wenn sie sich von den Phrasen der Wirkköpfe und Quertreiber bejassen machen lassen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Auswanderung deutscher Facharbeiter.

Nach Zeitungsmeldungen haben zwischen der Reichsregierung und Unternehmervertretern in letzter Zeit mehrfach Besprechungen stattgefunden, in denen sie sich mit der Auswanderung deutscher Facharbeiter beschäftigt haben. In den letzten Jahren hat unter den deutschen Arbeitern die Zahl der Auswanderungslustigen stark zugenommen. Infolge der Einwanderungsbeschränkungen der einzelnen Länder hat nur ein kleiner Teil der Auswanderungslustigen Deutschland verlassen können. Immerhin ist ihre Zahl so groß, daß die Auswanderungsfrage mit Recht die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt. Das würde weniger der Fall sein, wenn es sich bei den Auswanderern nicht fast durchweg um hochqualifizierte Facharbeiter handelte. An diesen hat Deutschland keinen Überfluß, und daher bedeutet jeder Facharbeiter, der ins Ausland geht, einen Verlust für die deutsche Volkswirtschaft.

Was in den deutschen Arbeitern den Wunsch nach Auswanderung rege werden läßt, ist nicht Abenteuerlust, sondern die Not und das Elend, unter denen sie in ihrer Heimat leben. Es ist eine alte geschichtliche Erfahrung, daß je ungünstiger die Arbeits- und Lebensverhältnisse sind, um so stärker der Drang nach Auswanderung, und umgekehrt. Bis um die Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts war Deutschland ein ausgesprochenes Auswanderungsland. Den Höhepunkt erreichte die Auswanderung im Jahre 1882 mit fast 250 000 Auswanderern. Das war die Zeit, da Deutschland noch vorwiegend ein Agrarland und außerstande war, seine Bevölkerung zu beschäftigen und zu ernähren. Unter diesen Umständen waren Hunderttausende alljährlich gezwungen, auszuwandern. Mit der zunehmenden Industrialisierung Deutschlands änderte sich das Bild. Anstatt Menschen wurden nun Waren ausgeführt. Die Auswanderung nahm von Jahr zu Jahr ab; im Jahre 1913 wurden noch 25 823 Auswanderer nach überseeischen Ländern gezählt. Ein wirtschaftlicher Zwang zur Auswanderung, wie er bis um die Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts bestand, lag nun nicht mehr vor. Im Gegenteil: Von Jahr zu Jahr nahm die Zahl der ausländischen Arbeiter in Deutschland, besonders in der Landwirtschaft, zu. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der von der Feldarbeiterzentrale legitimierten ausländischen Wanderarbeiter 549 900.

Nach dem Weltkrieg haben sich die Dinge wieder geändert. Deutschlands Wirtschaft hat einen ungeheuren Rückschlag erlitten. Wenn der Menschenüberschuß auch nicht so groß ist wie vor etwa 50 Jahren, so steht aber doch fest, daß Deutschland wieder ein Land geworden ist, das augenblicklich seine Bevölkerung nicht voll beschäftigen und ernähren kann. Übertrieben scheint uns aber die Annahme, daß Deutschland wieder ein Auswanderungsland geworden sei, daß, weil der Warenexport zurückgegangen sei, nun wieder „Menschenexport“ betreiben werden müsse. So hoffnungslos liegen die Verhältnisse glücklicherweise denn doch noch nicht. Deutschland hat noch keine Ursache, die Auswanderung zu fördern, vor allem nicht die von Facharbeitern. Was bisher ausgewandert ist, waren aber fast durchweg Facharbeiter. Nach der gleichen Quelle, aus der wir die Kenntnis von den Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Unternehmervertretern haben, betrug die Zahl der Auswanderer nach überseeischen Ländern in den letzten fünf Jahren:

1919	3 000	Auswanderer
1920	10 000	
1921	25 000	
1922	37 000	
1923	120 000	

Für 1924 ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen. Ist das Ausland, vor allem Amerika, wozu der Hauptstrom fließt, Einwanderungen in größerem Umfange zuläßt. Die Zahlenangaben beziehen sich nur auf das überseeische Ausland, nicht auf die Nachbarländer. Wie groß die Zahl der Auswanderer nach diesen Ländern ist, darüber fehlen bisher alle Angaben; wahrscheinlich handelt es sich auch hier um mehrere tausend.

Wie aus den Zeitungsmittellungen zu entnehmen ist, sind sich die Unternehmer sehr wohl darüber im Klaren, was die Facharbeiter aus Deutschland fortreibt. Nämlich die hier herrschenden Arbeits- und Lohnverhältnisse. Die Unternehmer glauben die Zeit für gekommen, wo der Arbeiter bei langer Arbeitszeit und hohem Lohn froh sein muß, überhaupt Beschäftigung zu haben. Ganz so ist es doch nicht; vor allem haben die Facharbeiter es nicht nötig, sich unter die Unternehmerrückstühle zu beugen. Anstatt den Arbeitern annehmbare Arbeits- und Lohnverhältnisse zu gewähren, um sie auf diese Weise von der Auswanderung abzuhalten, erstreben die Unternehmer anscheinend Zwangsmaßnahmen gegen die Auswanderung. Wieweit sich die Reichsregierung dazu herbeilassen wird, steht dahin; bei ihrem Streben, die Unternehmer in jeder Weise gegen die Arbeiter zu unterstützen, ist es aber nicht ausgeschlossen, daß sie auch diesen Unternehmerwünschen nachkommt.

Natürlich möchten die Unternehmer auch noch mit anderen Mitteln die Facharbeiter von der Auswanderung abhalten. Nach ihrer Meinung wäre die Auswanderungslust der Facharbeiter auch darauf zurückzuführen, daß „keine Differenz zwischen dem Lohn des gelernten und des ungelerten Arbeiters vorhanden ist“. Zweifellos besteht in dieser Hinsicht ein Mangel, der seine Ursache hat in der Tatsache, daß die Facharbeiter viel zu niedrig entlohnt werden. Die Unternehmer wollen die Differenz zwischen dem Lohn des ungelerten und gelernten Arbeiters aber nicht dadurch schaffen, daß sie den Facharbeiterlohn erhöhen, sondern sie wollen den Lohn des ungelerten Arbeiters kürzen. Das Ganze läuft also auf eine noch schärfere Unterdrückung der Arbeiterschaft hinaus.

Was die Unternehmer gegen die Auswanderung der Facharbeiter planen, wird nicht zum Ziele führen. Werden die Arbeiter in Deutschland so behandelt und bezahlt, daß sie menschenwürdig leben können, dann werden sie, von Ausnahmen abgesehen, keine Sehnsucht nach Auswanderung haben. Von der Erfüllung dieses berechtigten Verlangens hängt, worüber sich auch die Unternehmer klar sein müssen, Deutschlands wirtschaftliche Zukunft ab.

Rechtspredung im Namen des Haltenkreuzes.

Zweifellos kommt dem Hitler-Ludendorff-Prozess eine große politische Bedeutung zu. Zum ersten Male standen in diesem Prozess, nicht wie in den früheren Prozessen gegen die Haltenkreuzler-Beschwörer und Mordbuben nur die Handlanger, sondern die Führer vor den Schranken des Gerichts. Wahr ist daran freilich nur, daß die Führer des Münchener Novemberputsches 1923 erkannt und erwirkt wurden, wer aber behaupten wollte, daß sie sich in diesem Prozess als Angeklagte gefühlt hätten oder als solche behandelt worden seien, würde mit Recht ein Narr gehalten. Die Hitler-Ludendorff-Böhner haben nicht das Gefühl gehabt, vor einem Gericht zu stehen, sondern auf einer Theaterbühne, wo Staatsanwalt und Richter als Statisten fungieren. Und ihr Gefühl hat sie nicht getäuscht, wie das Ende des Prozesses beweist.

Die Hitler, Ludendorff und Spießgesellen waren des Hochverrats angeklagt. Sie waren beschuldigt, mit Waffengewalt die Vernichtung der Reichsverfassung versucht zu haben. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie Banden organisiert und bewaffnet. Durch den Putsch am 8. und 9. November 1923 sollte ihr „Befreiungswerk“ die Krönung finden. In den drei Wochen lang geführten Gerichtsverhandlungen haben die Haltenkreuzler sich offen als Hochverräter bekannt. Werdings sind sie der Meinung, daß der Gewaltkampf gegen die deutsche Republik kein Hochverrat ist, sondern eine vaterländische Tat. Zu ihrer Verteidigung machten sie weiter geltend, daß das, was sie gewollt und getan haben, noch viele andere mitgemacht haben. Vor allem der Generalkommissar der „Ordnungsgeliebten“ Bayern, v. Kahr, der Reichwehrgeneral v. Lossow und der Oberst v. Seißer. Die Verteidigung der Hitler-Ludendorff war dem Nachweis gewidmet, daß diese drei dasselbe gewollt haben wie sie, und dieser Nachweis ist ihnen auch völlig gelungen. Aus dem Wortkampf, den beide Gruppen miteinander führten, hat die Öffentlichkeit einen klaren Einblick in das Treiben der Hochverräter erhalten. Volle Klarheit hat sie aber nicht gewonnen, denn immer dann, wenn die Gefahr bestand, daß die Fäden der Hochverräter allzu sichtbar werden könnten, wurde hinter verschlossenen Türen weiterverhandelt. Aber soviel ist doch an das Tageslicht gekommen, daß in allen Teilen der Republik Hochverräter sitzen, die in enger Fühlung miteinander stehen, Banden organisieren und bewaffnen, um zur gegebenen Zeit den entscheidenden Schlag gegen die Republik, gegen die Arbeiterschaft als ihre Träger führen zu können. Hierin liegt die politische Bedeutung des Hitler-Ludendorff-Prozesses.

Von nicht geringerer Bedeutung ist seine rechtliche Seite. Auch bürgerliche Kreise sind sich darüber einig, daß die Prozeßverhandlung ein ungeheurer Rechtsstandal war. Die Hitler-Ludendorff-Böhner gebärdeten sich wie die Helben auf der Theaterbühne, ihre Verteidiger geistelten sich in der Rolle der Chöre, und sie fanden dabei lebhafteste Unterstützung bei den Haltenkreuzweibern und -burschen, die den Zuschauerraum füllten. Eigenartig war die Rolle der Richter und Staatsanwälte in diesem „Volksgericht“. Der Vorsitzende, der, wie seine Prozeßführung im Fachsenbach-Prozess zeigt, brutal hart gegen Angeklagte sein kann, ließ hier die Angeklagten machen, was sie wollten. Sie konnten die Republik, den Reichspräsidenten, die Reichswehr beschimpfen und verleumben, ohne auch den leisesten Vorwurf zu bekommen. Nun aber erst das Urteil. Das „Volksgericht“ hat anerkannt, daß Hitler, Böhner, Kriebel und Weber sich des Verbrechens des Hochverrats schuldig gemacht haben. Nach dem Strafgesetzbuch ist Hochverrat mit lebenslänglichem Zuchthaus oder Festungshaft zu bestrafen. Nur dann, wenn mildernde Umstände anzunehmen sind, kann auf eine Festungshaft von fünf bis fünfzehn Jahren erkannt werden. Das „Volksgericht“ hat den Haltenkreuzlern lebenslänglich mildernde Umstände zuerkannt, denn sie waren „bei ihrem Tun von reinem vaterländischen Geist und von dem edelsten Willen geleitet“. Am liebsten hätte wohl das „Volksgericht“ die Angeklagten freigesprochen, aber das wäre eine zu offensichtliche Rechtsbeugung gewesen. Aber was nicht direkt möglich ist, läßt sich auf Umwegen erreichen. Das Urteil lautet für die vier auf je

fünf Jahre Festungshaft unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Das ist die Mindeststrafe, die auf Hochverrat steht. Um aber die Angeklagten aus dieser Mindeststrafe zu befreien, verfiel das „Volksgericht“ auf den Ausweg, nach Verbüßung von sechs Monaten Festungshaft „Bewährungsfrist“ zu gewähren. Das heißt, wenn die Hochverräter 6 Monate angenehmes Festungshaftleben hinter sich haben, sind sie frei. Die anderen Angeklagten, mit Ausnahme von Ludendorff, wurden wegen Beihilfe zum Hochverrat zu je 1 1/2 Jahr Festungshaft verurteilt. Auch sie erhalten „Bewährungsfrist“, und zwar sofort, so daß sie auch nicht einen einzigen Tag ihrer „Strafe“ verbüßen brauchen. Ludendorff wurde von vornherein freigesprochen. Offenbar ist das „Volksgericht“ der Meinung gewesen, daß Ludendorffs Veteurierung, er sei auch diesmal wieder, wie beim Kapp-Putsch 1920, nur rein zufällig und unbewußt dazu gekommen, und eigentlich habe er etwas anderes gewollt als die anderen, wenn er auch dasselbe mitgemacht habe, der Wahrheit entspreche. Hätte Ludendorff gewußt (nach dem Verlauf der Verhandlung hätte er es eigentlich wissen müssen), daß er, wenn er auch zu seiner Tat steht, wie die anderen ohne Strafe davonkommen wäre, hätte er sich die Märtyrerkrone von seinem edlen Haupte wohl nicht heruntergeschwibelt. Als er seine direkte Freisprechung erreicht hatte, paßte ihm das auch nicht. Auf seine Feldendrust schlagend, hat er nach der Urteilsfällung erklärt: „Ich empfinde meine Freisprechung als eine Schande. Das hat dieser Ehrenrod nicht verdient.“ Das ist Ludendorff, wahrlich, ein großer Held.

Das rechtliche Ergebnis des Hitler-Ludendorff-Prozesses ist, daß in Bayern Hochverräter, wenn sie Patentreuzler sind, unbefristet bleiben. Dafür werden Republikaner, die des Hochverrats zwar beschuldigt, aber nach dem Urteil der ganzen Öffentlichkeit völlig unschuldig sind, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, wie der Fall Fachsenbach zeigt. Das ist die Gerechtigkeit in der deutschen Republik.

Leistungsfähigkeit und Alter.

An wissenschaftlichen Versuchen, festzustellen, in welchem Lebensalter der Mensch am leistungsfähigsten ist, fehlt es nicht. Eine Klärung hat diese wichtige Frage aber noch nicht gefunden. Aus den Untersuchungsresultaten geht nur soviel klar hervor, daß für die Leistungsfähigkeit eines Menschen sein Alter nicht die ausschlaggebende Rolle spielt. Einen wertvollen Beitrag zu der Frage liefert Medizinalrat Usher in der „Klinischen Wochenschrift“. Nach seinen Feststellungen erreichten bei der Überwachung von automatischen Webstühlen Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren 93 Prozent der theoretischen Höchstleistung, Arbeiter von 30 bis 39 Jahren kamen auf 94,2 Prozent, von 40 bis 49 Jahren auf 95,1 Prozent und Arbeiter von 50 bis 59 Jahren auf 95,2 Prozent. Diese Feststellung zeigt, daß es falsch ist, anzunehmen, wie das fast allgemein geschieht, daß der Mensch mit 40 Jahren seine höchste Leistungsfähigkeit erreicht habe. Nach den Untersuchungen von Usher ist ein hoch in den fünfziger Jahren stehender Arbeiter noch um ein wenig leistungsfähiger als ein zwanzigjähriger. Was bei der Überwachung von automatischen Webstühlen der Fall ist, gilt allerdings nicht für alle anderen Arbeiten. Wo größere Anforderungen an die Körperkraft gestellt werden, ist der jüngere Arbeiter den alten an Leistungsfähigkeit überlegen. Weiter kommt es natürlich auch darauf an, ob der Arbeiter seiner körperlichen und geistigen Veranlagung nach für die Arbeit eignet.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Rit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 15. Wochenbeitrag für die Woche vom 6. April bis 12. April 1924 fällig geworden.
Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Branchenagitation.

Seit Beginn dieses Jahres wird die Arbeit der Zentral-Kommissionen der Bootsbauer, Korzarbeiter, Modellstuhler, Musikinstrumentenarbeiter, Parkettleger, Schuhschleifenarbeiter und Vergolder von der Branchenabteilung im Hauptbureau erledigt. Nunmehr sind alle für diese Branchen bestimmten Berichte und Anfragen an den Hauptvorstand zu richten.

Die Tätigkeit wurde damit begonnen, daß an alle Orte, in denen diese Berufe vertreten sind, der Eigenart der Branche entsprechende Fragebogen versandt wurden. Wenn sie rechtzeitig und genau ausgefüllt werden, ist es möglich, eine Übersicht über Umfang und Verbreitungsgebiet, Organisations-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Das gewonnene Material wird den Sektionen als Bericht zugestellt, wie das bereits für die Korzarbeiter und Parkettleger geschehen ist. Pflicht der Sektionsleiter und Vertrauensleute ist es nun, in Versammlungen Diskussionen über diese Berichte herbeizuführen. Neben der Aufklärung und dem festen Zusammenschluß der organisierten Kollegen und Kolleginnen soll dadurch vor allem auch die Agitation unter den noch abseits der Organisation stehenden Branchenangehörigen wirksam unterstützt werden.

Um eine dauernde enge Fühlung der Kollegen im Reich herzustellen und aufrecht zu erhalten, um schnelle und zuverlässige Auskunft über alle Branchenfragen erteilen zu können, ist es unbedingt notwendig, daß laufend über alle wesentlichen Veränderungen berichtet wird. Lohnabkommen und Marktpreise, wie überhaupt alles wichtige Material muß eingesandt werden, damit es im Interesse der Kollegen verwertet werden kann.

Die noch ausstehenden Fragebogen müssen umgehend eingesandt werden, denn alle die Sektionen, die pünktlich ihrer Pflicht nachgekommen sind, haben ein Recht darauf, schnell Bericht zu erhalten.

Zentralstellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer nach Kottbus, Mündelheim (Bayern), Gestorf (im Lüneburger), Stuttgart, Marbach a. N., Wiesensteig b. Weisingen, Juffenhäuser,

Reicholzheim (Baden), Steinhelm a. Murr, Bietigheim, Ludwigsburg, Nagold (Württemberg), Meßkirch (Baden), Holzgerlingen, Böblingen, Reutlingen, Nordwalde (Westf.), Herzberg a. d. Elster, Düsseldorf, Koshly i. S., Klost. Berg, Gladbach (h. Köln), Birkenwerder b. Berlin (auch modellieren), Heidenau (Sa.), Deventrop (Westf.), Weimar. — U l a b a s t e r b i l d h a u e r nach Radbeul-Dresden. Reflektanten wollen sich schriftlich wenden mit Angabe, ob bessere oder mittlere Kraft, an P. Dupont, Berlin SO. 16, Am Köllnisch. Park 2.

Korrespondenzen.

Dessau. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die A.-G. Holzindustrie Berlin-Dessau zu einem ganz modernen Wert in Dessau-Alten entwickelt. Es besitzt große Schneidmühlen, Sägen, Risten- und Möbelfabriken. Einer der Aktionäre ist die ehemals herzogliche Fideikommissverwaltung mit ihren großen Waldungen. Die Direktion, besonders Herr Jüdicke, ein schneidiger Draufgänger mit Offiziersallüren, kann sich nicht an das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betriebe gewöhnen. Entgegen dem noch geltenden Tarifvertrag diktiert dieser Herr eine Arbeitszeitverlängerung, und als sich die Arbeiter dagegen wehren, werden sie ausgesperrt. Die nach seiner Ansicht an dem Widerstand schuldigen Kollegen will er los werden. Mit Rücksicht auf diese Differenzen werden die Kollegen im Reich erludt, Arbeitsangebote der Firma unbeachtet zu lassen.

Göttingen. Am 1. April konnten die Holzarbeiter Göttingens auf eine 35jährige Organisationsgeschichte zurückblicken. Etwa 40 Kollegen waren damals unter der Leitung des vor einigen Jahren verstorbenen Kollegen Hilbrandt in der „Zahlstelle des Deutschen Tischler-Verbandes“ vereint. Der Wochenbeitrag betrug 10 Pfennig. Schwere Zeiten hat unsere Verwaltungsstelle in den Anfangsjahren durchgemacht. Die Mitgliederzahl, welche im Gründungsjahr von 40 auf 73 stieg, ging allmählich bis auf 21 im Jahre 1893 zurück, und es hatte den Anschein, als wenn die ganze Organisation wieder in die Brüche gehen wollte. Doch soweit liegen es die Kollegen nicht kommen. Kollege Wedemeyer, welcher heute noch Mitglied unserer Verwaltungsstelle ist, nahm das Ruder in die Hand. Unter seiner Führung ging es wieder bergan. Im Jahre 1914 zählten wir 120 Kollegen. Dann kam der Krieg, und etwa 100 Kollegen, von denen zwölf ihre Heimat nicht wieder gesehen haben, wurden in das Kriegsheer eingereiht. Nach Beendigung des Weltkrieges machte auch unsere Verwaltungsstelle Fortschritte. Die Mitgliederzahl stieg bis auf 450. Leider ist in letzter Zeit unter der Ungunst der Wirtschaftslage in der Holzindustrie ein Mitgliederverlust zu verzeichnen. Aber das wird nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Unsere Kollegen wissen die Bedeutung der Gewerkschaften zu schätzen. Und gerade heute, wo sie auf ein 35jähriges Bestehen ihrer Organisation zurückblicken können, legen sie das Gelübnis ab, dem Verbande die Treue zu halten. Denn nur mit seiner Hilfe ist es uns möglich, bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu schaffen. Unserm Kollegen Wedemeyer, der zugleich sein 35jähriges Jubiläum feiert und während dieser Zeit 25 Jahre die Verwaltungsgeschäfte geführt hat, danken wir für seine ausdauernde Tätigkeit für uns und wünschen ihm, daß er mit uns zusammen noch viele Jahre zum Wohle der Holzarbeiter und der gesamten arbeitenden Bevölkerung Göttingens wirken kann.

Hamburg. (Maschinenarbeiter.) Eine Sektionsversammlung beschäftigte sich in Referat und Diskussion mit Arbeiterschutz und Gefahrengeldung und dem jetzt in Aussicht stehenden Abbau der Unfallrenten. Der von der Regierung vorgelegte Referentenentwurf wurde seiner, den bestehenden Zustand stark verschlechternden Bestimmungen wegen scharf kritisiert. Es müsse darauf hingewirkt werden, den Einfluß der Berufsgenossenschaften zu brechen. In unseren Kollegentreffen bedarf es der Aufklärung über Ziel, Zweck und Rechte dieser Körperschaften. In einer angemessenen Entscheidung wurde unser Vorstand aufgefordert, beim Bundesvorstand dahin zu wirken, daß die auf diesen Gebieten eingetragenen und beachteten Verschlechterungen rückgängig gemacht werden. Beschlossen wurde ferner, zur Ausgleichung des Unfallgefahrenrisikos dahin zu wirken, den Lohn für Maschinenarbeiter 20 Prozent über den des Banktischlers zu stellen und in Motordbetrieben mit den Motordischlern gleichzustellen.

Wrrach. Welche Blüten der „revolutionäre Radikalismus“ mancher Kollegen treibt, darüber wissen unsere Kollegen wenig angenehme Geschichten zu erzählen. Auch in Wrrach gibt es einige Kollegen, denen der Verband nicht „radikal“ genug ist, sie sind deshalb ausgetreten oder zu den Unionisten übergegangen. Nach den großen Worten, die sie immer machen, hätte man erwarten müssen, daß sie nun, unbehindert von der „reformistischen Gewerkschaftsbureaokratie“, mit Furcht und Mut für ihre und ihrer Mitarbeiter Interessen eintreten würden. Weit gefehlt; wo sie mit den Unternehmern zusammenkommen, klappen sie zusammen wie ein federloses Taschmesser. Ihre Stärke liegt im Schimpfen über den Verband und seine Führer. Ein Prachtexemplar dieser Gattung revolutionärer Unionisten ist der ehemalige Verbandkollege Johann Trüschler, der heute für den Sechsstundentag Propaganda macht. Für den Unternehmer, gegen die Arbeiter, das ist die Parole der Unionisten und sonstiger „Revolutionäre“. Angesichts dieser Zustände ist es kein Wunder, wenn die Unternehmer immer dreister nach Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnabbau verlangen. Dagegen können wir uns erfolgreich nur wehren, wenn alle Kollegen und Kolleginnen im Verband fest zusammenhalten. Nur dann ist es uns möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Münde am Wester. Am 30. März fand hier eine Jugendleiterkonferenz und im Anschluß daran eine Jugendversammlung mit dem Jugendsekretär des Verbandes, Kollegen Timm (Berlin), statt. In seinem Vortrage über „Zweck und Ziele der gewerkschaftlichen Jugendbewegung“ gab Kollege Timm ein anschauliches Bild von der Arbeit, die bisher geleistet wurde und in Zukunft geleistet werden muß. Für das Verwaltungsstellengebiet wurde ein Jugendausflug eingeleitet, der die Aufgabe hat, die Organisierung und Schulung der Jugend planmäßig zu fördern. Nicht der älteren Kollegen ist es, den Ausschluß bei seiner... Wenn alle Kollegen und Kolleginnen... und alte Hand in Hand arbeiten, dann erreichen wir auch die gesteckten Ziele.

Unsere Lohnbewegung.

Die Vertragsverhandlungen.

Der getroffenen Abrede entsprechend wurden die in Weimar verhandelten Verhandlungen über den Reichsmantelvertrag am 31. März in Berlin wieder aufgenommen. Zunächst waren wieder einige Hemmnisse zu überwinden, dann aber wurde fleißig gearbeitet. Bei diesen Verhandlungen gewann man den Eindruck, daß auch auf Seiten der Arbeitgeber der Wille vorhanden ist, einen neuen Reichsmantelvertrag abzuschließen. Über den Inhalt des zu schaffenden Vertrages gehen aber die Ansichten weit auseinander. Die Arbeitgeber haben ihren Vertragsentwurf seinerzeit in ihrer Fachpresse veröffentlicht; er unterscheidet sich sehr wesentlich von dem bisherigen Vertrag. Unsererseits sind nur einige Änderungen des bisherigen Reichsmantelvertrages beantragt. Bei fast allen Vertragsbestimmungen ergeben sich Schwierigkeiten, die nur sehr schwer auszugleichen sind. Größere Parteien des Vertrages sind bereits erledigt; es sind Forderungen gefunden worden, denen beide Parteien zustimmen konnten, bei anderen Vertragsteilen sind aber die Meinungsverschiedenheiten noch sehr groß. Es wird ernstlich daran gearbeitet, die Gegensätze zu überbrücken, doch ist das mit der Schnelligkeit, wie es vielfach erwartet wird, nicht möglich. Die Mitglieder der Verhandlungskommission auf beiden Seiten sind sich bewußt, daß man im ganzen Reich mit Spannung auf das Ergebnis der Verhandlungen wartet; sie sind deshalb bestrebt, ihre Arbeiten nach Möglichkeit zu beschleunigen. Es ist nunmehr mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß ein Abschluß vorliegt, wenn dieses Blatt in die Hände der Leser gelangt, so daß wir in der nächsten Nummer einen ausführlichen Bericht geben können.

Im Landesbezirk Bayern haben die Unternehmer in Nürnberg und Fürth am 26. März mit der Aussperrung begonnen. Inzwischen ist auch ein Teil der Unternehmer in München und in Regensburg der Aufforderung, die Aussperrung auf ganz Bayern auszuweiten, gefolgt. Aus der Art, wie die „Holzindustrie“ über die Vorgänge berichtet, kann man schließen, daß es den Syndikati, die die Geschichte angezettelt haben, nicht ganz wohl bei der Sache ist. Aus München wird dem Organ des Arbeitgeberverbandes mitgeteilt und durch auffälligen Druck hervorgerufen: „Die Holzarbeiterverbände erklärten, sie könnten zwar die Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen, wenn sie wollten, aber sie wollten das gar nicht und würden sie nicht veranlassen.“ Das soll sich auf die Verhandlungen in München beziehen, über die wir in voriger Nummer berichtet haben. Der Gewährmann der „Holzindustrie“ hat dort Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt. In Wirklichkeit haben es die Unternehmer abgelehnt, sich bei den vom Landesschiedsrichter anberaumten Verhandlungen mit den Arbeitervertretern an den gleichen Tisch zu setzen. Als es dann den Bemühungen des Schlichters gelang, wenigstens einen kleinen Ausschuss der beiderseitigen Verhandlungskommissionen zusammenzubringen, und die Mitteilung über die Aussperrung in Nürnberg und Fürth vorlag, schlugen die Arbeitervertreter vor, trotz Streik und Aussperrung zu verhandeln. Das lehnten die Arbeitgeber ab, und der Wortführer der Unternehmer erklärte offen, daß er mit der Aussperrung in Bayern die zentralen Verhandlungen über den Reichsmantelvertrag beeinflussen wolle. Das hat sich als falsche Spekulation erwiesen. Jetzt suchen die aussperrungslustigen Syndikati ihre Position durch unwahre Darstellungen in der Presse zu verbessern. Dagegen muß Einspruch erhoben werden. Im übrigen mögen die Herren sehen, wie sie die Suppe auflösen, die sie sich eingebrockt haben.

Im Landesbezirk Freistaat Sachsen war der Schiedspruch von den Unternehmern abgelehnt worden. Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung führte zu neuen Verhandlungen, bei denen es zu einer Verständigung kam. Ab 21. März beträgt der Spitzenlohn in den vier Ortsklassen 56, 51, 48 und 44 Pf.

Für den Landesbezirk Schlesien wurde am 31. März eine Vereinbarung getroffen, die den Lohn in den Ortsklassen II bis VI auf 46, 42, 41, 37,5 und 35 Pf. festsetzt.

Für den Landesbezirk Hessen-Rhessan (Südlich) und Freistaat Preußen wurde ein Schiedspruch gefällt, der den Spitzenlohn ab 30. März in den fünf Ortsklassen auf 62, 60, 56, 52,7 und 48,4 Pf. festsetzt.

Für das Holzgewerbe im Bezirk Halle-Merseburg wurde eine Vereinbarung getroffen, die den Durchschnittslohn ab 28. März auf 52 Pf. festsetzt.

Für die Bärsten-, Pinjel- und Bleistiftindustrie wurde am 5. April in München vor dem Sozialministerium erneut verhandelt, da die Arbeitgeber die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 4. März über die Arbeitszeit beantragt hatten. Die Parteien einigten sich dahin, daß die regelmäßige Arbeitszeit 48 Stunden beträgt. Nach Anhörung der Betriebsvertretung kann die Arbeitszeit bis 51 Stunden verlängert werden; für diese Mehrarbeit wird ein Zuschlag von 10 Prozent gewährt. Für weitere Mehrarbeit beträgt der Zuschlag 20 Prozent. Der Spitzenlohn wurde von 43 Pf. auf 52 Pf. erhöht.

Für die Karosseriewerke in Sachsen ist am 1. April ein Abkommen getroffen worden, welches den Lohn der Facharbeiter in den drei Ortsklassen auf 58, 55 und 52 Pf. festsetzt.

In Frankenthal wurde für die Korfindustrie am 24. März eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Spitzenlohn für angelernte Arbeiter 52 Pf., für Arbeiterinnen 26 Pf. beträgt.

In Köln haben die Unternehmer in den Sägereien und Hobelwerken mit der Aussperrung begonnen. Nach Ablauf des Vertrages wollten sie durch Anschlag in den Betrieben verschlechterte Arbeitsbedingungen durchführen, die von unsern Kollegen nicht anerkannt werden konnten.

In Nürnberg wurde mit den Vereinigten Pfeifenfabriken ein Abkommen getroffen, welches den Spitzenlohn der Facharbeiter auf 60 Pf., der Angelernten auf 50 Pf., der Ungelernten auf 48 Pf. festsetzt. Für Arbeiterinnen beträgt der Lohn entsprechend 35, 32 und 32 Pf. Die Akkordbasis beträgt für Männer 60 Pf., für Frauen 40 Pf. Für Überstunden über 48 Stunden in der Woche 20 Prozent Zuschlag.

Aus der Holzindustrie.

Warum stehen die Möbelpreise über dem Friedensstand? Mit dieser Frage beschäftigte sich die „Holzindustrie“ in ihrer Nummer vom 31. März. Die Antwort, die sie gibt, ist nur halbe Wahrheit. Um wieviel höher die Möbelpreise heute gegenüber dem Vorkriegsstand sind, läßt sich in einer Zahl schwer ausdrücken. Nach unseren Beobachtungen beträgt die Preissteigerung etwa 60 Prozent. In der „Holzindustrie“ werden Materialpreise angeführt, aus denen die Berechtigung der heutigen Möbelpreise hervorgehen soll. Bei den angeführten Materialpreisen schwankt die Preissteigerung zwischen 15 Prozent für Holzschrauben und 318 Prozent für Schellack. Für Kiefern-Schnittholz, das Hauptmaterial in der Möbelfabrikation, wird eine Preissteigerung von 53 Prozent angegeben. Welleicht trifft man das Richtige, wenn dieser Prozentsatz als Gesamtdurchschnitt der Materialpreissteigerung angenommen wird.

Wir haben also eine Materialpreissteigerung von 53 Prozent und eine Möbelpreissteigerung von 60 Prozent. Wäre für den Möbelpreis nur der Materialpreis maßgebend, könnten die heutigen Möbelpreise als angemessen gelten. Nun wird der Preis einer Ware nicht allein bestimmt durch die Materialkosten; hinzukommen noch die Löhne, Geschäftsunkosten und der Unternehmergewinn. Von diesen drei den Möbelpreis mitbestimmenden Faktoren erwähnt die „Holzindustrie“ nur die Löhne. Sie schreibt: „Während andere Industrien ihre allgemeinen Unkosten bereits auf eine 54- bis 60stündige wöchentliche Arbeitszeit verteilen können, müssen in der Holzindustrie die Generalunkosten auf 48, höchstens 48 Stunden pro Woche verteilt werden, gegen 1914, je nach der Größe des Betriebes, ein Mehr von 2 bis 6 Prozent. Ferner sind die sozialen Lasten, ein besonders die Fabrikation verteuender Faktor, mit mindestens 5 bis 6 Prozent der Rechnungsbeträge zu berücksichtigen.“ Nach dieser Rechnung ergibt sich etwa folgendes Bild: Gegenüber der Vorkriegszeit sind die Möbelpreise um 60 Prozent, die Fabrikationskosten um 60 bis 65 Prozent höher. Wäre die Unternehmerngewinn eine Kürzung von 10 bis 15 Prozent erfahren. In Wirklichkeit sind aber nur die Löhne beträchtlich zurückgegangen, während sich der Unternehmerngewinn erhöht hat.

Wie heute kalkuliert wird, zeigen die vom Verband sächsischer Tischlermeister herausgegebenen Kalkulationsrichtlinien. In Nr. 14 der Zeitschrift „Der deutsche Tischlermeister“ wird darüber einiges mitgeteilt. Die Kalkulation eines Bücherschrankes sieht so aus:

Material zusammen	62,27 M.
Unkosten 10 Prozent	6,22 „
Zusammen 68,49 M.	
Rücklage und Verdienst 10 Prozent	6,85 „
Betrag I 75,34 M.	
Löhne zusammen	61,60 M.
Unkosten 80 Prozent	49,28 „
Zusammen 110,88 M.	
Rücklage und Verdienst 10 Prozent	11,09 „
Betrag II 121,97 M.	
Zusammenstellung:	
Betrag I	75,34 M.
Betrag II	121,97 „
Summa 197,31 M.	

Scheinbar begnügt sich der Unternehmer bei dieser Kalkulation mit einem sehr mageren Gewinn. Rücklage und Verdienst sind an zwei Stellen mit je 10 Prozent berechnet. Dazu kommen noch die 10 Prozent Unkosten beim Material. Wie aus der Einzelaufstellung der Kalkulation hervorgeht, ist der Holzperschnitt bereits bei den eingefügten Holzpreisen berücksichtigt. Hierfür können also Unkosten nicht noch einmal berechnet werden. Was sonst an Unkosten bei der Materialbeschaffung und beim Verbrauch entfällt, ist mit den 80 Prozent Unkosten vom Lohn reichlich bemessen. Die Kalkulation ist so aufgemacht, daß der Unternehmerngewinn, um ihn möglichst klein erscheinen zu lassen, auf vier verschiedene Posten verteilt und mit den Unkosten vermengt worden ist. Er ist wesentlich höher als der Betrag, den die Kalkulation offen als Unternehmerngewinn ausweist.

Wenn die „Holzindustrie“ eine objektive Feststellung darüber machen will, warum die heutigen Möbelpreise über den Friedensstand stehen, muß sie sich den Kalkulationsposten Unternehmerngewinn recht genau ansehen. Denn hier liegt nämlich der Schlüssel zur vollen Wahrheit.

Gewerkschaftliches.

Auf zur Maifeier 1924.

Arbeiter und Angestellte!

Sechszehnteljahr haben wir für die Erringung des Achtstundentages demonstriert, bis die Novemberumwälzung 1918 diese Forderung verwirklichte. Fünf Jahre lang haben die Gewerkschaften diese Errungenschaft gegen alle Angriffe verteidigen können. Im Dezember 1923 ist es dem Unternehmertum gelungen, mit dem schweren Geschütz der Inflation die gewerkschaftlichen Bastionen zu überwinden und die äußere Befestigungslinie, den gesetzlichen Schutz des Achtstundentages, zu durchbrechen. Das organisierte Unternehmertum wurde wieder einmal Nutznießer der allgemeinen Notlage von Reich und Volk.

Nach aber ist der Kampf nicht völlig entschieden. In vielen Berufen steht die Entscheidung noch aus. Von der Haltung der Arbeitnehmerenschaft, von der Kraft ihrer Gewerkschaften hängt es ab, ob

Der Achtstundentag

wiederhergestellt und gesichert werden kann, oder ob er als eine Episode, als wirtschafts- und sozialpolitisches Experiment beiseite gelegt wird.

Von euch, ihr deutschen Arbeiter und Angestellten, erwartet die Welt, daß ihr den Achtstundentag nicht preisgibt, sondern für seine dauernde gesetzliche Anerkennung eintretet.

Deshalb ist es für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine Ehrensache,

am 1. Mai dieses Jahres

mit besonderer Einmütigkeit und Entschlossenheit

für den Achtstundentag

zu demonstrieren.

Und nicht für ihn allein. Sein Schicksal hat die ganze Sozialgesetzgebung geteilt, die von der Inflation hinweggerissen ist.

weil der arbeitende Mensch in unserem Vaterland nichts mehr gilt.

Deshalb muß am 1. Mai die Wiederherstellung der Sozialgesetzgebung

Über auch die letzte Errungenschaft der Novembertage, die deutsche Republik, ist bedroht.

Bertheidigung der demokratisch-republikanischen Verfassung

erneuern und diesen Tag zu einer

Heerschau der republikanischen Kräfte

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Der 1. Mai muß in diesem Jahre zu einer besonders ausdrucksvollen Kundgebung gestaltet werden.

die Arbeit ruhen zu lassen.

Sorgt aber in jedem Falle dafür, daß der 1. Mai in diesem Jahre ein würdiger Festtag der Arbeit werde.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Aus der Sitzung des Bundesausschusses.

Am 18. und 19. März fand eine Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt.

Der Bundesausschuß billigt das Eintreten der Gewerkschaften in den Reichstagswahlkampf

Der Bundesausschuß beschließt die Einleitung einer Aktion zur Herbeiführung des Volksbegehrens zugunsten des gesetzlichen Achtstundentags

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die deutsche Arbeiterschaft zu einer würdigen Feier des 1. Mai aufzurufen.

Zur nachdrücklichsten Bekämpfung der kommunistischen Gewerkschaftspropaganda erklären sich die Verbandsorgane bereit, die Januarbeschlüsse des Bundesausschusses ernstlich durchzuführen.

Weiter wurden Entschlüsse zur Frage des Tarifzwanges und der Erwerbslosenfürsorge gefaßt; auf die erste Entschlußung wird noch zurückzukommen sein, die zweite hat folgenden Wortlaut:

Die zurzeit für die Erwerbslosen geltenden Unterstützungssätze erfordern eine wesentliche Erhöhung. Die Unterfertigung der Erwerbslosen ist im Verhältnis zum Lohn und zu den Lebenshaltungskosten immer weiter zurückgefallen und bedarf nicht mehr die allerersteninstanzigen Ausgaben.

Der Bundesausschuß protestiert entschieden gegen die neuerdings besonders durch die preußische Regierung betriebene, im höchsten Grade ungerechte Ausschaltung zahlreicher Erwerbsloser von der

Unterstützung. Erhöhen die Arbeiter hohe Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge tragen müssen, werden ganze Gruppen von Erwerbslosen von der Unterstützung ausgeschlossen.

Reich und Länder werden aufgefordert, sofort Kostendeckungen in größerem Ausmaß in Angriff zu nehmen.

Der Bundesausschuß protestiert weiter gegen die von einigen Länderregierungen beabsichtigte Trennung von Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge.

Ferner wurden vorgenommen die Delegiertenwahlen zum Internationalen Gewerkschaftskongreß, der im Juni in Wien stattfindet, und die Ersatzwahlen zum Bundesvorstand.

Literarisches.

Inflation, Deflation, Preis, Lohn, 1914 bis 1924. Kritische Gedanken zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise

Im Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW, 68, Lindenstraße 3, sind erschienen: Osterwasser. Ein Frühlingspiel von Karl Höpfer.

Zentral-Krankenkasse der Tischler, Hamburg.

Kassenbericht für März.

Gesamteinnahme 13 275,64 M.

Gesamtausgabe 11 837,62 M.

Reineinnahme 1 438,02 M.

Achtung! Den Ortsverwaltungen zur gefälligen Beachtung, daß eine Änderung der Beiträge sowohl als auch der Krankengeldsätze nicht erfolgt.

Gelernter Modellflechtler u. Möbelflechtler. Der 1 1/2 J. gearbeitet hat, sucht zur weiteren Ausbildung eine Stelle in der Möbelfabrik, eventuell bei Familienanschluß.

Modellfleurier. 22 J., m. gut. wacher Vorbereitete Stelle hat, sucht für ein Möbelfabrikant in der Provinz.

Betriebsleiter d. Werkführer. Sucht für größere Unternehmen der Möbelfabrik, der in allen Arten u. Arbeiten der Serienfabrikation bewandert, mit sämtl. einschlägigen Maschinen, mit der Kaufmann, Behandlung der Holz, Formiere usw. Absolut vertraut ist.

20 selbst. Möbelflechtler und 10 tüchtige Polierer. Für eine kleine, gut besetzte Möbelfabrik in Schwaben.

Tüchtige Tischlergesellen. Für eine große, modern ausgestattete Tischlerfabrik in Schwaben.

Tüchtige Tischler. Für eine große, modern ausgestattete Tischlerfabrik in Schwaben.

1 tüchtiger jung Dredtler. Für eine große, modern ausgestattete Tischlerfabrik in Schwaben.

Meister für Pfeifenfabrik. Für eine große, modern ausgestattete Pfeifenfabrik in Schwaben.

Vorarbeiter für die Maschinenabteilung einer Stuhlfabrik in Schwaben.

Polierer. 1 bis 2 tüchtige, selbständige, erfahrene Polierer suchen bei best. Bezahlung sofort dauernde Beschäftigung.

Tüchtige Klavierarbeiter und Schreiner in dauernde Stellung gesucht.

Perf. Stimmer u. Intoneur. Mehrere zusammengehörig u. Facharbeiter gesucht zum sofortigen Eintritt.

Fertigpolierer. Tüchtige Helfer einkaufs. Adolf Dünnhüll u. C., Berlin.

Holzwarenfabrik. (Dreherei für mehrere moderne Automaten), jung-aber bereits umfangreiches Unternehmen in der unmittelbaren Nähe Münchens (70 Arbeiter), sucht für sofort eine zur allerersten Kraft (Vollführer) als Betriebsleiter od. Werkführer, welche sowohl organisatorisch wie betriebsmäßig vollkommen geeignet ist.

Fertige Gelteilarbeiter. Selbständige Gelteilarbeiter für seine Peddig- u. Weidenmöbel bei hohem Lohn sofort oder später gesucht.

Mehrere Gelteilarbeiter u. Korbmacher auf erstklassige Korbmöbel für dauernd gesucht.

4 Korbmacher auf Mattarbeit, gef. Selbsting. Hannover, Schaafelder Str. 35.

8 bis 10 tüchtige Peddigmöbelerarbeiter. Zur Erweiterung unseres Betriebes für sofort gesucht.

Mehrere Gelteilarbeiter für Peddigrohr und Weidenmöbel für sofort oder später gesucht.

8 bis 10 tücht. Korbmacher auf Peddig- und Weidenmöbel zum sofortigen Eintritt gesucht.

Einige Korbmacher auf Peddigrohrmübel, nur la Kräfte, werden sofort eingestellt. Paul Kiehl, Burgen (Sachsen).

Zuverläßl. Bürstenmacher für Biassapochen sofort gesucht. Witwe Lara Roog, Sagen (Westfalen), Frankfurt Straße 93.

Schöne Intarsien für Möbel, Schatullen. Maxim. Weiß, Würzburg, Söfl 17.

Modell-Dübel. passende Schlangenhöhner, Holzdraub. Hell ab Lager 6086 KELLER, FRANKFURT a. M. - Eldersheim.

Polierwaffe. Chrisi. Wünschmann, Rabenau in Sa.

Intarsien für jed. Zweck. Katalog gegen 40 Pf. in Briefm. G. Siller, Heilbronn, Theaterstr. 7.

Spez.: Hochglanzpolituren. Alleinst. Art und hochglänzende Politur-Strahlachse. Allr. Zeumer, Berlin-Neukölln, Thiemannstr. 25.

Tischler-Fachschule Köthen. Ab 1. Mai Beginn neuer Beiz- u. Polierkurse, bestens bewahrt. Ausbildung zu all. Betriebsarbeiten. Elntr. jederzeit. Prospekt nur geg. 20 Pf. Rückp.

Geim- u. Furnieröfen fertig als Spezialität (Prosp. gratis) Gebr. Bettfinger, Freiburgi. B. 1

Werkzeug-Neuheiten für Tischler und englische Bildhauerwerkzeuge empfohlen Otto Bergmann, Berlin SO 33, Doppelner Straße 31. Verlangen Sie bitte Brosch.

SCHIFFHOBEL verstellbar, aus Aluminium 17.- Mk., aus Eisen 13.- Mk. Ziehklingshobel, 70 mm. Eisen, 2.50 Mk. - Ers.-Eisen, Ziehklings, Simshob., Dübelspitzer, gekr. Feinsägen, Furniersägen usw. H. Lichbill, M. Walthert, Dresden-N., Rehfeld, Str. 53.

Kollegen, kauft in unfern Eigenbetrieben! Wir liefern: 1 Hobelbank aus la trockener Rotbuche, 2 m Blattlänge, deutsche Zangen, Stahlspind, 2 Bankhaken f. 75 Mk. sowie jede and. Bank billigst. Baubühnen-Betrieb-Verband Schlesien GmbH, Abt. Fabrik für Holzbearb., Liegnitz, Schloßstr. 15.

Der beste Putzhobel mit stets kleiner Ablauf 6.- Mark. m. echt. Pockholzsohle 8,50 Mk. frk. Nachn. Gebrauchsterrig. Garantie. Sämtl. Tischlerwerkzeuge. Katalog mit Preisen gratis. Werkzeugfabrik M. Hiessinger in Nürnberg

Fachliteratur für Stellmacher. Der Wagenbauer. Lehr- und Hilfsbuch für Wagenbau und Automobilkarosserie. Mappe mit 300 Konstruktionszeichnungen u. Textband von J. Feldwabel. 20 Mk. Die Technik im Wagen- und Karosseriebau. Atlas mit 41 Tafeln und Textband mit 20 Abbildungen. Bearbeitet von A. König. 12 Mk. Einfache Wagnerarbeiten. 32 Vorlag. u. Textheft mit Anlagen. Herausgeg. v. Gröninger u. Ortle. 4,25 Mk. Hundert moderne Wagen. Sammlung moderner Wagenzeichnungen. Für die Praxis herausgegeben von M. Reinsch. 8 Mk. Hundert moderne Geschnitzwagen. Für die Praxis herausgegeben von Max Reinsch. 8 Mk. Der Stellmacher. Ein Handbuch aus der Praxis für die Praxis. Bearbeitet von H. Fiedler. Mit über 100 erläuternd. Textabbild. Geh. 2 Mk. Technik des Stellmachers. Herausgeg. vom Deutschen Holzarbeiter-Verband. Heft 3 mit Abbild. 0,50 Mk. Lehrheft für den Einzelunterricht. Fachzeichnen nach Maßskizzen, Mustern und Modellen für Stellmacher. Bearbeitet von Karl Lachner. 1,50 Mk. Der Stellmacherehrung. 0,60 Mk. Zu beziehen durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin 30. 16, Am Köllnischen Park No. 2.

Rose's Handwagen! Beste Stellmacher- u. Schmiedearbeit. Vorkaufsprüche f. Verbandsmitglied, aber nur für solche. Vorkaufsprüche für die Dienten, wenn ausdrücklich vermerkt wird, daß Verbandsmitglied. MURI ROSE, Zeitz, Brühl 23.

Bildhauer- u. Stuhlbauer-Werkzeug unter Garantie liefert Fritz Potenhauer, Rabenau i. Sa.

WERKKUNST. Schreinerarbeiten als Beispiel von O. Karow. Dieses mit 146 Textabbildungen ausgestattete Werk kann unseren Tischlern am besten empfohlen werden. Es wird das Verständnis für die Arbeiten der alten Meister und der eigenen ungemein vertieft. Aber auch die werdenden Zeichner und Architekten sollten das Buch lesen, um ihr technisches und konstruktives Denken zu erweitern! Preis gebunden - - 7,50 Goldmark. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16 Am Köln. Park 2